

Zur Zukunft der Europäischen Union

Europa an einer Wegmarke



MARKUS FERBER, MDEP

Europa ist gleichermaßen eine Notwendigkeit wie eine Herausforderung. Europa als Notwendigkeit ist ein Auftrag der Geschichte. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich die Jubiläen ins Gedächtnis ruft, die wir im Jahr 2014 begehen – vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg, vor 75 Jahren begann der Zweite Weltkrieg und vor 25 Jahren fiel die Berliner Mauer. Europa war als Friedensprojekt angelegt und erklärt sich aus der bewegten Geschichte des europäischen Kontinents. Aber Europa darf sich nicht ausschließlich aus der Vergangenheit legitimieren, denn auch im 21. Jahrhundert drängen große Herausforderungen: Zukunftsthemen wie Datenschutz, Klimaschutz oder die Regulierung der Finanzmärkte erfordern gemeinsame europäische Ansätze. Deswegen ist die Europäische Union auch kein Relikt des 20. Jahrhunderts, sondern auch ein Projekt für das 21. Jahrhundert. Dabei müssen wir uns immer die Frage stellen, welches Europa wir wollen. Denn bei dieser Wahl geht es um wesentlich mehr als bei den zurückliegenden Wahlen zum Europäischen Parlament. Es geht um die Frage, wer der nächste

EU-Kommissionspräsident werden wird und welchen Weg das europäische Projekt gehen soll.

DREI MODELLE FÜR EUROPA

Dabei stehen drei Modelle für Europa zur Auswahl: Das eine ist das Europa der Europa-Kritiker, die am liebsten die Zeit zurückdrehen würden – zurück zu einem Europa der nationalen Alleingänge. Das wäre ein gefährlicher Rückschritt, in eine Zeit, die wir längst überwunden glaubten. Das zweite Modell ist ein Europa des Zentralismus und der Verantwortungslosigkeit, das für alles eine Regelung hat und alle nationalen Verantwortlichkeiten unterminiert. Dieses Europa folgt einem großen technokratischen Masterplan mit Detailvorschriften für alles und jeden. Das dritte Modell ist das Europa, für das die CSU eintritt: Ein Europa, das dort groß und entschlossen ist, wo man nur gemeinsam stark ist. Ein Europa, das aber gleichzeitig dort großzügig ist, wo es Spielräume für die Regionen, die Kommunen, die Unternehmen und die Menschen gibt.

EIN EUROPA DER STABILITÄT

Die Finanz- und Staatsschuldenkrise hat viele Gewissheiten über Bord geworfen und auch die Frage aufgeworfen, wie es mit Europa weitergehen soll. Hier gibt es eine glasklare Richtungsentscheidung. Wir haben zwei Optionen zur Auswahl: Es gibt die Schuldenunion mit Eurobonds und Schuldentilgungsfonds, die SPD, Grüne, Linke und auch die europäischen Liberalen wollen. Und es gibt die Stabilitätsunion, für die die CSU eintritt. Dies folgt der einfachen Erkenntnis, dass sich das Problem zu hoher Staatsschulden keinesfalls mit noch mehr Staatsschulden lösen lässt – deswegen muss die Stabilitätsunion unser Leitbild sein. Euro-Bonds würden den Kampf gegen die zu hohe Staatsverschuldung einzelner Euro-Staaten erschweren. Denn Euro-Bonds er-

höhen nicht den Druck auf Defizitstaaten, ihre Schulden zu senken, sondern ermuntern sie zu einer laxen Haushaltsführung und senken den Anreiz für eine solide Haushaltsführung. Auch ein vorsichtiger Einstieg in Euro-Gemeinschaftsanleihen wäre der erste Schritt zum anonymen Schuldenmachen und damit der falsche Weg, der Krise entgegenzutreten. Schuldensünder könnten sich über Euro-Bonds günstiger verschulden als mit ihren eigenen Anleihen. Damit fördern wir nicht den Reformeifer, sondern noch mehr Schulden. Gemeinsame Staatsanleihen funktionieren rein theoretisch nur dann, wenn auch die Haushaltsverantwortung und die Steuerhoheit auf europäischer Ebene liegen. Aber das ist mit der Bundesrepublik Deutschland, das ist auch mit der CSU nicht zu machen. Deshalb sind Euro-Bonds jenseits jeglicher Vorstellungskraft, auch auf lange Sicht.

Bisher haben wir eine ganze Reihe Erfolge auf dem Weg hin zu einer Stabilitätsunion erzielt: Wir haben Eurobonds verhindert, wir haben einen verstärkten Stabilitäts- und Wachstumspakt durchgesetzt und wir haben dafür gesorgt, dass das Thema Wettbewerbsfähigkeit wieder stärker in den Fokus rückt. Diese Erfolge spiegeln sich in den Fortschritten wider, die viele der Programmländer bereits gemacht haben. Griechenland erzielte 2013 einen Primärüberschuss und verzeichnet wieder Wirtschaftswachstum, Spanien und Irland sind an die Kapitalmärkte zurückgekehrt. Das zeigt, dass man mit harten Strukturreformen durchaus etwas bewegen kann. Nun da sich die ersten Erfolge abzeichnen, dürfen wir aber keineswegs inne halten, sondern müssen weiterhin Kurs halten.

EIN EUROPA DER SUBSIDIARITÄT

Europa lebt von seiner Vielfalt. Damit sich diese Vielfalt entfalten kann, braucht Europa Freiräume für seine Regionen, die Kommunen, die Unternehmen und > Seite 2

< Seite 1 die Menschen. Dazu muss die Europäische Union bei denjenigen Themen großzügig sein, bei denen die Mitgliedsstaaten bereits funktionierende und gute Lösungen gefunden haben. Deswegen muss der Gedanke, den wir Subsidiaritätsprinzip nennen, grundsätzlich wieder verstärkt Eingang in die europäische Politik finden. Unsere Leitidee muss es sein, dass nicht jedes Problem in Europa auch ein Problem für Europa ist. Bei vielen Fragen haben die Mitgliedsstaaten, die Regionen oder die Kommunen aber bereits sehr gute Lösungen gefunden. Die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, vom öffentlichen Nahverkehr bis zur Trinkwasserversorgung, zeigen dies sehr eindrucksvoll. Diese Spielräume, die es vor Ort gibt, wollen wir bewahren. Schließlich sind die Kommunen einfach näher dran an den Problemen der Bürger vor Ort. Ein starkes, bürgernahes Europa wird es nur mit starken Regionen und mit starken Kommunen geben.

Gerade das Argument der Binnenmarktintegration darf nicht länger dazu führen, dass die Europäische Kommission immer

mehr Politikbereiche an sich reißt und harmonisiert. Unterschiede und Vielfalt können fruchtbar sein. Deswegen will ich ein Europa, das sich auf diejenigen Probleme konzentriert, die sich nur auf europäischer Ebene lösen lassen. Hier müssen wir kraftvoll und eng zusammenarbeiten. Nur mit gemeinsamen Anstrengungen wird es gelingen, die Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden, die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und in Bildung und Forschung zu investieren, damit Europa auch für zukünftige Herausforderungen wettbewerbsfähig bleibt. „Groß im Großen und großzügig im Kleinen“ muss unser Leitmotiv für die EU lauten.

EIN EUROPA WENIGER BÜROKRATIE

Gemeinsamer Binnenmarkt, einheitliche europäische Standards und EU-Fördergelder: davon profitiert unsere Wirtschaft in Bayern. Oft verbindet man aber das, was aus Brüssel kommt, mit überflüssigen Detailregelungen und Bürokratie. Manchmal zu Recht, manchmal auch zu Unrecht. Vor allem KMUs klagen über die hohen Verwaltungslasten, die sich durch Nachweispflich-

ten oder zu umfangreichen Vorschriften ergeben. Nur wenn die Vorgaben der EU auf das Nötigste beschränkt werden, wird der Mittelstand nicht übermäßig belastet und die Akzeptanz des europäischen Projekts wieder gestärkt! Deswegen steht das Thema Bürokratieabbau in der neuen Legislaturperiode ebenfalls weiterhin ganz oben auf der europäischen Agenda. Edmund Stoiber hat mit der High-Level-Group zum Bürokratieabbau in Brüssel schon eine ganze Menge geleistet und in den letzten Jahren für ein neues Denken geworben: Nicht alles, was geregelt werden kann, muss auch geregelt werden. Wir brauchen nicht immer eine Dreifach-Sicherung. Mut zur Lücke! Und zum ersten Mal wird das Empfinden der Bevölkerung, dass die EU zu viel Bürokratie verursacht, zum Maßstab der Politik gemacht. Das ist ein Quantensprung und eine große Chance für die Europäische Union.

MARKUS FERBER, MDEP
Vorsitzender der CSU-Europagruppe

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Bernd Hammer, Münnerstadt
- NCP engineering GmbH, Peter Söll, Nürnberg
- Dr. Yorck Otto Gruppe, München
- Harald von Heynitz, München
- Messe München GmbH, München
- Autobus Oberbayern GmbH, Alexander Holzmaier, München
- Florian Seidel, München
- Zentrum für Systemisches Denken, Dr. Rudolf Kreuzer, Ismaning
- Thomas W. Schüssler, Würzburg

Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, T. 089-2422860, F: 089-291518, www.wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 09.05.2014, **Produktion:** Weltbuch Verlag GmbH, www.weltbuch.com



HEINRICH SCHÜTZ
Residenz

WOHNEN IN UNSERER PREMIUM RESIDENZ
LEBEN AUF HÖCHSTEM NIVEAU

Möbliertes Wohnen für privat und geschäftlich
sowie
Residenz-Wohnen für Senioren mit Service und Pflege

Unsere individuellen und barrierefreien
Wohnungen (50 - 105 m²) entsprechen höchsten
Ansprüchen! Residieren Sie vis-à-vis der Frauenkirche!
Ab 65,- EURO pro Nacht (Langzeitwohnen)

www.boarding-in-dresden.de
www.heinrich-schuetz-residenz.de
Telefon: 03 51-26 35 96 0

Heinrich-Schütz-Residenz | Neumarkt 12 | 01067 Dresden | Telefon: +49 (0) 3 51-26 35 96 0
info@boarding-in-dresden.de | info@heinrich-schuetz-residenz.de

Falls Kundenmagazine
und Geschäftsberichte
nicht Ihr Hobby sind.



Corporate Publishing
vom Weltbuch Verlag.

**Bestellen Sie Ihre Publikationen ohne Umwege
über teure Agenturen besser direkt beim Verlag!**

- ...❖ Denn sachbezogene Redaktionsaufgaben zählen zum Tagesgeschäft von Verlagen.
- ...❖ Design-Richtlinien werden streng beachtet oder auch entwickelt, wir verzichten nur auf teure Schönheit zum Selbstzweck.
- ...❖ Preiseffiziente Gestaltung unter Ausnutzung serieller Effekte, weil wir langfristig denken.
- ...❖ Günstige Verlagskonditionen bei Druckereien und anderen Zulieferern, die wir gern weitergeben, um Ihre Finanzen zu schonen.

Wenn Sie interessiert, was wir für das Corporate Publishing Ihres Unternehmens tun können, dann rufen Sie an unter: 0351-4794244 oder gehen auf: www.weltbuch.com/corporate-publishing, hier finden Sie unsere Checkliste zur unverbindlichen Kalkulation Ihrer Druckerzeugnisse.

Denn Effizienz beginnt schon bei der Anfrage.



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

am 25. Mai ist der Wahlmarathon in Bayern zu Ende, der mit der Landtagswahl im letzten September begonnen hat. Nach Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahl wird an diesem Tag das Europaparlament neu gewählt. Danach herrscht erst einmal Ruhe an der „Wahlfront“.

Auch die anstehende Europawahl verdient es ernst genommen zu werden. Seit der ersten direkten Wahl 1979 sind die Rechte des Europaparlaments sowohl im Bereich der europäischen Rechtsetzung als auch bei der Bildung der EU-Kommission immer weiter ausgeweitet worden – bis hin zur Wahl des Kommissionspräsidenten. Das Initiativrecht für Richtlinien- und Verordnungsentwürfe liegt zwar nach wie vor bei der Kommission. Im sogenannten „Trilog“ von Kommission, Rat und Parlament ist das Parlament mittlerweile bei der Verabschiedung von Gesetzen aber gleichberechtigter Partner. Nachdem 80 Prozent der wirtschaftsrelevanten Gesetzgebung mittlerweile auf europäischer Ebene erfolgt, ist es also gerade für unsere Unter-

nehmen alles andere als gleichgültig, wer im Europaparlament künftig das Sagen hat. Zu hoffen ist, dass die grundsätzlich europafreundlichen Kräfte weiter klar das Heft in der Hand behalten und die eher destruktiven Kräfte auf Links- und Rechtsaußen eine kleine Minderheit bleiben.

Bei aller berechtigten Kritik an mancher Fehlentwicklung im Detail: Im historischen Maßstab gesehen ist die Entwicklung der Europäischen Union seit Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 eine Erfolgsgeschichte ohnegleichen. Nach den Katastrophen der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts herrscht im Westen des alten Kontinents seit nunmehr fast 70 Jahren (!) Frieden in Freiheit. Breite Bevölkerungsschichten sind wohlhabend geworden, leben in sozialer Sicherheit und genießen einen Umweltschutz, der jedem Vergleich mit anderen Teilen des Globus standhält. Es verwundert nicht, dass die Staaten Mittel- und Osteuropas nach dem Zusammenbruch des Kommunismus Anschluss an dieses attraktive Staatenbündnis gesucht haben und vor 10 Jahren der Europäischen Union beigetreten sind. Der deutschen und mit ihr der bayerischen Wirtschaft hat die EU einen Heimatmarkt mit heute über einer halben Milliarde Einwohnern beschert, von dem aus sie außerordentlich erfolgreich die globalen Märkte bis weit in den Mittelstand hinein zugunsten von Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand erschließen konnte. Das alles ist keineswegs selbstverständlich. Wir sollten es uns nicht kaputt oder auch nur klein reden lassen. Der weiteren Integration, nicht der Desintegration Europas gehört die Zukunft.

Natürlich heißt das nicht, dass alles bereits zum Besten bestellt wäre. Europa muss in der kommenden 5-jährigen Legislaturperi-

ode besser werden. Vor dem neuen Parlament und der neuen Kommission, die im Herbst gebildet wird, liegt eine Fülle von Aufgaben. Um nur einige wenige anzureißen: Brüssel muss sich stärker auf die Aufgaben von europäischem Rang konzentrieren und bei strikter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips alles andere den ortsnäheren Nationalstaaten und Regionen überlassen. Die Regelungswut im Kleinen, die vor allem auf die „Knochen“ des Mittelstands geht, muss aufhören. Die in der schweren Schuldenkrise eingeleitete Doppelstrategie „Haushalte konsolidieren“ und „Wettbewerbsfähigkeit zugunsten von Wachstum und Beschäftigung verbessern“ ist mit langem Atem fortzuführen.

Von einer zukunftsfähigen Europäischen Union müssen wir darüber hinaus einen kraftvolleren und geschlosseneren Auftritt nach außen erwarten. Das beginnt bei einer wirklich europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es setzt sich fort mit einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik, die darauf abzielt, die Energieabhängigkeiten zu reduzieren. Und es schließt nicht zuletzt die Entschlossenheit ein, aus einer führenden Position heraus weltweit die Standards zu setzen. Aus diesem Grund ist auch der Abschluss des geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommens mit den USA so wichtig. Europa darf nicht zum Spielball der globalen Mächte im 21. Jahrhundert werden; es muss sich selbst als mächtiger Spieler in diesem Wettbewerb behaupten.

Um all dies geht es bei der Wahl am 25. Mai. Machen wir deshalb von unserem Wahlrecht Gebrauch!

Herzlichst
Ihr **JÜRGEN HOFMANN**



zoells.de

**Kaffeemaschinen
Kaffeeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten**



zoells.de GmbH
rund um die Uhr



**Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390**

Industrie 4.0

Von der Vision zur Wirklichkeit



PROF. SIEGFRIED RUSSWURM

Die Globalisierung birgt für Industrieunternehmen einerseits große Chancen wie größere Absatzmärkte, bessere Einkaufsbedingungen und günstigere Produktionsbedingungen. Andererseits stellt sie die gesamte Industrie vor anspruchsvolle Herausforderungen. So müssen Unternehmen ihre Produktivität und Flexibilität ständig steigern und in immer kürzeren Abständen neue, leistungsfähigere, effizientere und gleichzeitig hochgradig individuelle Produkte auf den Markt bringen, um in der Transparenz des globalen Wettbewerbs bestehen zu können.

All das gelingt den erfolgreichen Unternehmen zunehmend besser. Möglich macht das die Kombination von ressourcenschonender Produktion, flexibler Großserienfertigung sowie die durchgängige Integration von Prozessschritten ausgehend vom Kunden bis zurück in das Netzwerk der Lieferanten. Der Einsatz neuartiger, vollständig digitalisierter Abläufe und auf offenen Standards beruhender, industrieller Hard- und Software bildet dafür das technologische Fundament.

An diesem Punkt setzt auch die aktuell viel diskutierte Vision der Industrie 4.0 an. Aus unserer Sicht besteht Industrie 4.0 aus drei Kernelementen.

Im ersten Kernelement spielt die „Manufacturing Execution“ (Fertigungsmanagement) eine immer wichtigere Rolle. Es wird zu einer wesentlich stärkeren Verknüpfung von Manufacturing Execution Systems (MES) mit

der Automatisierungsebene kommen – nicht nur innerhalb eines Unternehmensstandortes, sondern auch über Unternehmensgrenzen hinweg. Auch die Integration der ERP (Enterprise-Resource-Planning)- und MES-Ebene wird weiter fortschreiten, um eine vollständige Transparenz sowie die Verknüpfung mit den betriebswirtschaftlichen Daten zu erreichen. Damit sind alle erforderlichen Informationen unternehmensübergreifend in Echtzeit verfügbar.

Das zweite Kernelement beschreibt das Zusammenwachsen des Produkt- und Produktionslebenszyklus auf Basis eines einheitlichen Datenmodells. Erst damit lassen sich die Anforderungen, die sich aus immer kürzer werdenden Produktlebenszyklen ergeben, technisch und wirtschaftlich beherrschen.

Das dritte Kernelement sind Cyber-Physische Systeme (CPS) als Basis zur Steigerung der Flexibilität und damit Reduzierung der Time-to-Market. Diese - in einem festgelegten Rahmen - selbständigen Produktionseinheiten lassen sich flexibel in bestehende Produktionsprozesse integrieren.

Viele Elemente dieser Vision sind heute schon verfügbar, etwa zur Kommunikation und Vernetzung der einzelnen Komponenten, die Datendurchgängigkeit von Produktentwicklung und Produktionsablauf, die Integration von virtueller und realer Welt. In Richtung Industrie 4.0 bietet Siemens beispielsweise bereits heute ein breites Angebot aus Komponenten der vollständig integrierten Automatisierung und Antriebstechnik und der Product Lifecycle Management-Software, unsere „Digital Enterprise Platform“.

Das ganze Potenzial der Integration kann erst gehoben werden, wenn eine reibungslose Datendurchgängigkeit über sämtliche Stufen des Produktionsprozesses gewährleistet ist – vom Produktdesign, der Produktionsplanung und -engineering, über die Produktion selbst bis hin zu Services und wieder zurück. Im Idealfall besteht diese bidirektionale Durchgängigkeit über den gesamten Lebenszyklus eines Produkts. Die Anfänge dazu sind bereits gemacht, denn die Technologien für das Verschmelzen von virtueller und realer Fertigungswelt existieren schon heute und befinden sich im praktischen Einsatz. Planung, Simulation und Optimierung aller Wertschöpfungsschritte erfolgen in diesem System in einer

gemeinsamen virtuellen Welt, bevor die erste Maschine anläuft. Nicht nur das Produkt selbst wird dabei am Computer entwickelt, sondern auch dessen Produktion. Aus der physischen Produktion fließen parallel Informationen in die virtuelle Welt für eine laufende Optimierung zurück. Erhebliche Produktivitätsgewinne und kürzere Zeiten bis zur Markteinführung sind die Folge.

Zur umfassenden Realisierung von Industrie 4.0 müssen allerdings noch zahlreiche Fragen geklärt werden. Das gilt naheliegendermaßen in Bezug auf vielfach noch fehlende internationale Standards und Normen. Geschaffen werden müssen auch neue Sicherheitskonzepte. Denn alle Industrien besitzen ein vitales Interesse an der Absicherung ihres Know-hows und ihrer Wertschöpfungsnetzwerke. Und auch Hard- und Software müssen ständig weiterentwickelt werden. An den Themen der teilautonomen Optimierung, semantischer Standards und dynamischer Architekturkonzepte zur Ermöglichung flexibler und immer neuer Kooperationen muss weiter gearbeitet werden.

Aber auch Industrie 4.0 braucht Menschen, die diese Cyber Physical Systems verstehen, entwerfen und ihren Einsatz orchestrieren – und zwar in immer neuen Ausprägungen, die sich mit der technologischen Evolution ständig verändern.

Kritiker der Industrie 4.0 befürchten, dass diese zu menschenleeren Fabriken und zur Entpersonalisierung der Produktion führen werde. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die Bedeutung des Menschen wird zunehmen. Im kreativen Bereich der Fertigung – etwa Produkt- und Produktionsdesign – bleibt die menschliche Intelligenz ohnehin unverzichtbar. Und auf operativer Ebene werden Arbeitnehmer weiter eine zentrale Rolle ausfüllen – dann jedoch vor allem als kreative Planer, Steuerer und Überwacher statt als ausführende Organe manueller Tätigkeiten. Und nicht zuletzt müssen vielfach Geschäftsmodelle, interne Prozesse und Wertschöpfungsnetzwerke umgestellt und mit Leben erfüllt werden – Aufgaben, die dem Menschen keine Maschine jemals abnehmen kann. Die daraus resultierenden Herausforderungen für die Ausbildung und das „lebenslange Lernen“ erfordern besondere Aufmerksamkeit.

PROF. SIEGFRIED RUSSWURM
Mitglied des Vorstandes der Siemens AG
und CEO von Siemens Industry

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

11. April – Ausschuss für Strukturpolitik

Zur ersten Veranstaltung des Ausschusses in diesem Jahr konnte der Stv. Vorsitzende Thomas Koller Albert Füracker, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, und Staatsministerin a.D. Monika Hohlmeier, MdEP, in der Handwerkskammer für Oberfranken in Bayreuth begrüßen. Diskutiert wurde über neue Impulse zur Sicherung des ländlichen Raums. Während Füracker die geplanten Ziele und Maßnahmen des Heimatministeriums vorstellte, ging MdEP Hohlmeier auf die Förderung durch die europäischen Strukturfonds in der neuen Förderperiode 2014-20 genauer ein.



Foto v.l.n.r.: Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann, Albert Füracker, Thomas Koller, Rainer W. Markgraf (Bezirksvorsitzender Bayreuth)

11. April – Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein

„Wie geht es mit der Energiewende weiter?“ – diese Frage stand im Mittelpunkt einer gut besuchten Gemeinschaftsveranstaltung, zu der Bezirksvorsitzender Dr. Michael Elsen und die Volksbank Raiffeisenbank Oberbayern Südost in Bad Reichenhall eingeladen hatten. Rede und Antwort stand Staatssekretär Franz Josef Pschierer vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.



Foto v.l.n.r.: Dr. Michael Elsen; Dir. Josef Frauenlob, Vorstandssprecher; Dir. Jürgen Hubel, Vorstand; Staatssekretär F.J. Pschierer; Bad Reichenhalls OB Dr. Herbert Lackner; Dir. Wolfgang Völkl, Vorstandssprecher; Dir. Franz Brecht, Vorstand

28. April – Bezirk Aschaffenburg

Eine Gemeinschaftsveranstaltung des Bezirks Aschaffenburg mit dem BKU Aschaffenburg-Miltenberg, dem Arbeitskreis Umwelt (AKU), der CSU-Mittelstandsvereinigung und dem Aschaffener Kreis widmete sich im Rahmen einer Podiumsdiskussion der Frage, wie der Energiebedarf in der Region in Zukunft gedeckt werden kann.



An der Diskussion, moderiert von Alois K. Fürst zu Löwenstein, Vorsitzender BKU Aschaffenburg-Miltenberg, nahmen neben Dr. Astrid

Nitz, Vorsitzende des Bezirks Aschaffenburg des Wirtschaftsbeirates Bayern (Foto 3. v. li.), Albert Franz, Vizepräsident der IHK Aschaffenburg, Dieter Gerlach, Geschäftsführer der Aschaffener Versorgungs-GmbH (AVG), Dr. Stefan Nießen, AREVA-Stiftungsprofessur an der TU Dresden, Helmut Winter, Bürgermeister a.D., Vorsitzender des AKU, teil.

28. April – Bezirk Würzburg/Schweinfurt

Artur Steinmann hatte bei seiner ersten Veranstaltung als neuer Bezirksvorsitzender von Würzburg/ Schweinfurt Präsident Dr. Otto Wiesheu in der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau in Veitshöchheim zu Gast. Unter dem Thema „Die Zukunft erfolgreich sichern“ widmete sich Wiesheu aktuellen Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Energiepolitik. Dr. Hermann Kolesch, Vizepräsidenten der Landesanstalt, lud anschließend zu einem erlebnisreichen „Walking Wine Tasting“ in den Lehr- und Versuchskeller ein.



Foto v.l.n.r.: Artur Steinmann, Klaus Kozik, ehem. Vorsitzender des Bezirks Schweinfurt, Fränkische Weinkönigin Christin Ungemach, Dr. Otto Wiesheu, Dr. Jürgen Hofmann

29. April – Ausschuss für Europapolitik

Über die Zukunft Europas sprach im Europausschuss von Dr. Ingo Friedrich, Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats, die Bayerische Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen, Dr. Beate Merk, MdL. Merk ging auf die Erfolgsgeschichte des europäischen Einigungsprozesses ein, sparte aber auch nicht mit Kritik an Fehlentwicklungen und umriss eine Reihe notwendiger Reformen, um die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union zu sichern.



Foto v.l.n.r.: Dr. Ingo Friedrich, Staatsministerin Dr. Beate Merk, Dr. Jürgen Hofmann

30. April – Ausschuss Finanzmärkte

Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Vorsitzender des Ausschusses für Finanzmärkte, war das Risiko eingegangen, in der Mittagszeit zu einer Veranstaltung einzuladen. Der bis auf den letzten Platz besetzte Fürstensalon im Bayerischen Hof bewies, dass nicht die Uhrzeit, sondern Referent und Thema über die Teilnahme entscheiden. Der Vorsitzende der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament, Markus Ferber, informierte aus erster Hand über den Stand der Regulierung der Finanzmärkte auf europäischer Ebene. Was ist notwendig? Was ist überflüssig?



Foto v.l.n.r.: Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler, Silke Wolf (Geschäftsführerin Bayerischer Bankenverband), Alois Müller (Präsident Deutsche Bundesbank Hauptverwaltung Bayern), Markus Ferber

30. April – Ausschuss Außenwirtschaft

Wechsel im Vorsitz des Außenwirtschaftsausschusses von Hubert Stärker auf Dr. Stefan Weingartner. Weingartner hatte das hochaktuelle Thema „Transatlantisches Freihandelsabkommen (TTIP) auf die Tagesordnung gesetzt. Prof. Dr. Gabriel Felbermayr, Leiter des ifo Zentrums für Außenwirtschaft, arbeitete als Referent die Chancen, aber auch die kritischen Punkte des geplanten Abkommens detailliert heraus.



Foto v.l.n.r.: Stefan Albat (Stv. Ausschussvorsitzender), Prof. Dr. Gabriel Felbermayr, Hubert Stärker, Dr. Stefan Weingartner, Bernd-Joachim Pantze (Stv. Ausschussvorsitzender)

5. Mai – Bezirk Weiden/Nordoberpfalz

Zum 1. Nordoberpfälzer Wirtschaftstag hatte der Bezirk Weiden/Nordoberpfalz des Wirtschaftsbeirats mit seinem Bezirksvorsitzenden Helmut Hör als Mitveranstalter in die Ostbayerische Technische Hochschule Weiden-Amberg eingeladen. „Gemeinsam an einem Strang ziehen, gemeinsam unsere Region nach vorne bringen“, war das Leitthema. Ilse Aigner, MdL, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie hatte es sich nicht nehmen lassen, das Hauptreferat zu halten und an der anschließenden Podiumsdiskussion teilzunehmen.

8. Mai – Bezirk Ingolstadt

„Vor der Europawahl 2014 – Wer hat in Straßburg und Brüssel künftig das Sagen?“ – darüber sprach im Hotel Ambassador Dr. Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europäischen Parlaments a.D. und Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats. Eduard Kastner, Nachfolger von Manfred Dumann als Vorsitzender des Bezirks Ingolstadt, konnte am Ende Bilanz über eine gelungene Auftaktveranstaltung ziehen.



Foto v.l.n.r.: Eduard Kastner, Dr. Ingo Friedrich, Manfred Dumann, Dr. Jürgen Hofmann

Terminvorschau

22. Mai, München

Ausschusses für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Raimund Becker, Mitglied des Vorstands der Bundesagentur für Arbeit, „Aktuelle Lage und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Wie geht es weiter mit der Fachkräftesicherung?“

23. Mai, Stein

Bezirk Mittelfranken: Besichtigung der A.W. Faber-Castell Vertriebs GmbH und Vorstellung der Unternehmensgruppe durch Dr. Thomas Knäble, Geschäftsführer des Bereichs Technik

27. Mai, München

Ausschüsse für Dienstleistungen und Mittelstandspolitik sowie Arbeitskreis Unternehmenssicherheit: Emilia Müller, MdL, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration; Ingrid Hofmann, Geschäftsführende Gesellschafterin der I.K. Hofmann GmbH, „Zeitarbeit im Kreuzfeuer von Wirtschaft und Politik“

27. Mai, Selb

Bezirk Hochfranken: Prof. Dr.-Ing. Matthias Popp, Prof. für Energietechnik an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, Leiter des Arbeitskreises Energie und Umwelt des Vereins der Ingenieure (VDI) Bezirksverein Bayern Nordost e.V.; Dr.-Ing. Bernhard Kahl, Managing Direktor/CEO Lapp Insulators Holding GmbH, Wunsiedel, „Gleichspannungstrassen für Bayern – Versuch einer rationalen Bewertung“

5.-6. Juni, Zwickau

Ausschuss für Mittelstandspolitik: 24. Bayerisch-Sächsische Wirtschaftstage, Prof. Dr. Matthias Richter, Prorektor Westsächsische Hochschule Zwickau; Dirk Vogel, Geschäftsführer RKW Sachsen; Dr. Harald Neuhaus; Geschäftsführer Verkehrsverbund Mittelsachsen GmbH; Arnold Vaatz, MdB, Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag; Stefan Klatt, Leiter Abteilung Public Affairs MAN SE; Prof. Dr. Claus

C. Berg, Institut für Logistik und Verkehrsmanagement, Rohr, Vorsitzender Gesellschaft für Verkehrsbetriebswirtschaft und Logistik e.V., München, „Mobilität im 21. Jahrhundert“

24. Juni, Regensburg

Bezirk Regensburg: Albert Füracker, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, „Gesunde Staatsfinanzen als Basis wirtschaftlicher Prosperität“

24. Juni, Burghausen

Bezirk Inn/Salzach gemeinsam mit dem Ausschuss für Umweltpolitik: Dr. Marcel Huber, MdL, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, „Gemeinsam stark für morgen: Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik aus Bayern“

25. Juni, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Prof. Dr. Martin Grambow, Technische Universität München

25. Juni, Kauffbeuren

Bezirk Kaufbeuren/Ostallgäu: Auftaktveranstaltung mit Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern

25.-26. Juni, Berlin

Junger Wirtschaftsbeirat: „Politik-Workshop“

27. Juni, Frauenchiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land/Traunstein: Frauenwörter Gespräche mit Erzabt Dr. Korbinian Birnbacher, OSB, Erzabtei St. Peter in Salzburg

30. Juni, Tegernsee

Bezirk Oberland: Auftaktveranstaltung mit Dr. Otto Wiesheu, Präsident Wirtschaftsbeirat

1. Juli, Memmingen

Bezirk Memmingen: Frühstück mit Klaus Holetschek, MdL, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

1. Juli, Sauerlach

Ausschuss für Industrie, Technologie und Innovationen: Dr. Christian Pletl, Experte für den Bereich Geothermie (Versorgung und Technik) SWM-Stadtwerke München; Dr. Erwin Knappek, Erster Vorsitzender, Präsident des Wirtschaftsforums Geothermie e.V., WFG; Thorsten Weimann, MBA, Geschäftsführer Gecco, Global Engineering & Consulting; Diskussionsleiter: Michael Funke, Geschäftsführender Gesellschafter DiBaUCo GmbH und Triple S GmbH; „Geothermie“

1. Juli, Gößweinstein

Ausschuss für Tourismus „Fränkische Schweiz“

2. Juli, Burghausen

Bezirke Inn/Salzach, Berchtesgadener Land/Traunstein und Passau: Sommerempfang der südtübinger Bezirke, Dr. Rudolf Staudigl, Vorstandsvorsitzender Wacker Chemie AG; Dr. Josef Pühringer, Landeshauptmann von Oberösterreich

10. Juli, Bamberg

Bezirk Bamberg: Albert Füracker, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, „Was ist, was will und was kann das Heimatministerium?“

14. Juli, Landshut

Bayerischer Wirtschaftstag mit Vorträgen von Ilse Aigner, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie; Prof. Dr. Clemens Fuest, Präsident des ZEW in Mannheim; Alfred Gaffal, Präsident der vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

23. Juli, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Prof. Dr. Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz Gruppe

24. November, München

Generalversammlung



POWERINVEST

A POWERGROUP COMPANY

WE ADVISE - WE CREATE - WE INNOVATE - WE DESIGN - WE MOVE

Wir beraten deutsche und internationale Konzerne, inhabergeführte mittelständische Unternehmen und Finanzinvestoren im Bereich des Corporate Finance. Unser Erfolg liegt in der Etablierung langfristiger strategischer Partnerschaften. Kontinuierlich durch unsere erfahrenen Experten begleitete Implementierungsprozesse gewährleisten die Umsetzung gemeinsam festgelegter Kooperationsziele.

Wir bieten Ihnen professionelle Unterstützung:

- An- und Verkauf von Unternehmen und Beteiligungen
- Strukturierung und Umsetzungsbegleitung von Kapitalbeschaffungsmaßnahmen
- Investoren- und Kooperationspartner-Ermittlung über das internationale POWERGROUP-Netzwerk

Wir sind exklusiv im Interesse unserer Klienten tätig und bieten höchste Qualität, Seriosität und Diskretion.

POWERGROUP GmbH • Habenschadenstraße 13 • 82049 Pullach • +49 89-759 00 50 • info@power-group.net • www.power-group.net